

Antrag

der Abgeordneten Christoph Matschie, Hans Martin Bury, Elke Ferner, Iris Gleicke, Dorle Marx, Ulrike Mehl, Ursula Burchardt, Dr. Peter Struck, Lydia Westrich, Hans-Ulrich Klose und der Fraktion der SPD

Umstrukturierung des Fahrdienstes des Deutschen Bundestages nach Kriterien der Umweltverträglichkeit

Der Bundestag wolle beschließen:

- I. Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß unter anderem auch eine Wende in der Verkehrspolitik nötig ist, um die Umweltbelastung zu reduzieren und die von der Bundesregierung angestrebte Senkung der CO²-Emissionen zu erreichen. Eine jüngst vom Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit in Auftrag gegebene Studie des Heidelberger Instituts für Energie- und Umweltforschung sagt eine Zunahme der Emissionen des Treibhausgases CO² von bis zu 50 % im Verkehrssektor voraus, falls die Politik nicht einschneidende Maßnahmen ergreift. Die Studie fordert unter anderem eine Verringerung des Kraftstoffverbrauchs bei Pkw auf fünf bis sechs Liter pro 100 km.

Der Deutsche Bundestag ist sich der ökologischen Gefahren bewußt, die vom Autoverkehr ausgehen und wird Maßnahmen zur Reduzierung dieser Gefahren ergreifen. Der deutsche Bundestag ist bereit, mit den notwendigen Maßnahmen bei sich selbst zu beginnen. Er fordert seine Mitglieder auf, verstärkt auf umweltfreundliche Alternativen, insbesondere öffentliche Verkehrsmittel und das Fahrrad umzusteigen.

- II. Der Deutsche Bundestag gestaltet seinen Fahrdienst (Personen- und Sachtransport) nach Kriterien der Umweltverträglichkeit um. Er beauftragt die Präsidentin des Deutschen Bundestages im Benehmen mit dem Ältestenrat und in Zusammenarbeit mit der Verwaltung des Deutschen Bundestages, insbesondere Vertretern des Fahrdienstes, einen entsprechenden Vorschlag auszuarbeiten und dem Parlament zur Beschlußfassung vorzulegen. Die Umgestaltung des Fahrdienstes soll sich an den Kriterien Kraftstoffverbrauch, Schadstoffemission, Ressourcenverbrauch zur Herstellung der Fahrzeuge und Recyclingfähigkeit orientieren und die ökologische Gesamtbilanz berücksichtigen. Der mögliche Einsatz alter-

nativer Antriebsarten im Pilotversuch soll in die Prüfung einbezogen werden. Für vertretbare Arbeitsbedingungen der Fahrer ist in angemessener Weise Sorge zu tragen.

- III. Der Deutsche Bundestag beauftragt die Bundesregierung, ein Konzept vorzulegen, aus dem hervorgeht, wie die Umweltbelastungen im Verkehrssektor reduziert werden sollen.

Bonn, den 3. Februar 1993

Christoph Matschie

Hans Martin Bury

Elke Ferner

Iris Gleicke

Dorle Marx

Ulrike Mehl

Ursula Burchardt

Dr. Peter Struck

Lydia Westrich

Hans-Ulrich Klose und Fraktion